

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

Friedliche Lösung des Kurdenproblems in der Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag beobachtet mit großer Sorge die Eskalation der Gewalt in Südostanatolien, die inzwischen auch auf Europa übergreift.

Der Deutsche Bundestag

1. ist der Überzeugung, daß die Ursachen der Gewalt in der seit Jahrzehnten ungelösten Kurdenfrage liegen, was dazu geführt hat, daß bis heute den kurdischen Türken kulturelle Autonomie und lokale Selbstverwaltung weitgehend verweigert werden;
2. ist der Ansicht, daß eine Eskalation der Gewalt das Problem nicht lösen wird, sondern nur zu einer Vervielfachung des menschlichen Leides führt und friedliche Lösungswege erschwert;
3. verurteilt die terroristischen Gewaltakte der PKK gegen Türken und Kurden, gegen Touristen sowie gegen türkische und deutsche Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland;
4. appelliert an die PKK, ihre menschenverachtende Terrorpolitik unverzüglich einzustellen;
5. hält die Politik der türkischen Regierung für aussichtslos, die PKK ausschließlich mit militärischer Gewalt bezwingen zu wollen. Er mißbilligt die mit dieser Politik verbundenen Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung von vielen Dörfern und Teilen von Städten;
6. appelliert an die Regierung der Türkei, als Mitglied des Europarates und als Signatarstaat der VN-Antifolter-Konvention die von den türkischen Sicherheitskräften leider immer noch praktizierte Folter wirksam zu unterbinden;
7. erinnert die türkische Regierung an ihr Versprechen, die der Türkei im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe bzw. der Rüstungssonderhilfe zur Verfügung gestellten deutschen Waffen nur zur Landesverteidigung zu verwenden;

8. begrüßt, daß sowohl in der türkischen Öffentlichkeit, im Parlament und auch in der Wirtschaft ein Umdenken in Richtung größerer Dialogbereitschaft mit den Kurden begonnen hat;
9. erwartet von der türkischen Regierung, daß im Sinne des laizistischen türkischen Staatsverständnisses den religiösen Minderheiten wie Assyriern, Yaziden und Aleviten der diesen Bevölkerungsgruppen zustehende Schutz gewährt wird;
10. fordert die Große Türkische Nationalversammlung und die türkische Regierung dringend auf, unverzüglich einen konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Kurdenorganisationen aufzunehmen, die für eine friedliche Erlangung der legitimen Rechte der Kurden eintreten;
11. erwartet, daß bei den kommenden Kommunalwahlen alle bestehenden demokratischen Parteien die Möglichkeit haben, sich dem Wählerwillen zu stellen;
12. ermuntert die türkische Regierung, dazu beizutragen, soweit die Sicherheitslage es zuläßt, in den unterentwickelten kurdischen Wohngebieten in Ostanatolien für bessere wirtschaftliche und sozial gerechte Lebensverhältnisse zu sorgen;
13. ermutigt die türkische Regierung, auf dem Weg eines Ausbaus des Rechtsstaates weiterzugehen, die Verfassung zu erneuern und die Diskussion über eine Verschärfung der Anti-Terrorgesetze und der Wiederanwendung der Todesstrafe einzustellen;
14. erwartet, daß die im Regierungsprogramm der Koalition der *Partei des richtigen Weges* und der *Sozialdemokratischen Volkspartei* versprochenen Maßnahmen zur Demokratisierung, im Bereich der Menschenrechte und zur Ausfüllung des in diesem Zusammenhang von der türkischen Regierung selbst propagierten Begriffs der „kurdischen Identität“ durchgeführt werden.

Bonn, den 2. Februar 1994

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion